

Marx und die (kommenden) Krisen

Von Roland Herzog und Hans Schöpfi

Einleitung

Bei Marx findet sich keine zusammenhängende Krisentheorie. Verschiedene Krisen analysierte er aber genauer. Dabei zeigte er auf, dass Krisen vornehmlich aus den Widersprüchen der Kapitalakkumulation entstehen. Abgestützt auf seine Ausführungen werden im Marxismus Krisenursachen differenziert und unterschiedliche Krisentheorien begründet. Verschiedentlich wurde auch versucht, eine generelle marxsche Krisentheorie zu rekonstruieren. Diese Intention ist wohl verständlich, doch kaum von Erfolg gekrönt. Krisen sind vielmehr aus dem konkreten Verlauf der jeweiligen Phase kapitalistischer Entwicklung zu erklären. Ihre Ausformungen hängen mit spezifischen, sich kumulierenden Widersprüchen und Antagonismen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zusammen. Beispielsweise ist für die heutige Zeit eine schon länger dauernde Phase der strukturellen Überakkumulation prägend. Dies führt dazu, dass die gegenwärtige Weltlage mit vielen Unsicherheiten verbunden ist und Wirtschaftseinbrüche sehr heftig ausfallen können. Wir versuchen im Folgenden, ausgehend von den marxschen Kategorien, die Charakteristika der gegenwärtigen Krise herauszuarbeiten.

Akkumulation und Klassenverhältnisse

Für Marx geht es dem »Geld heckenden Geld« um die Aneignung von möglichst grossen Mehrwertmassen durch Kapitalakkumulation. Einsatz, Verwertung und Vermehrung von Kapital sind die grundlegenden Prozesse der kapitalistischen Produktionsweise. Nicht technische Innovationen als solche treiben die Entwicklung voran, sondern das Streben nach maximalem Profit.

Marx unterscheidet zwei grundsätzliche Formen der Mehrwertrealisierung: absoluter und relativer Mehrwert. Bei der Steigerung des absoluten Mehrwerts werden die Profite durch Lohnrestriktion, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung oder Arbeitsintensivierung erhöht. Im entwickelten Kapitalismus ist allerdings die relative Mehrwertsteigerung vorherrschend. Dabei wird über den Einsatz von permanent erneuerter Maschinerie und Technologie die Produktivität angehoben; entsprechend verbilligen sich die Waren. Die Lebenshaltungskosten der Lohnabhängigen sinken, der

Anteil der Löhne an der Wertschöpfung reduziert sich, und die Profite können gesteigert werden. In der Realität überlagern sich die beiden Arten der Mehrwertsteigerung häufig, indem etwa Lohnsenkungen mit Automatisierungen kombiniert werden. Allerdings gilt es zu beachten, dass die Löhne nicht einfach nur technisch oder ökonomisch festgelegt werden. Sie sind vielmehr auch das Ergebnis von sozialen Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfen.

Für das Kapital wäre eine kontinuierliche, sich stetig erweiternde Produktion ideal. Heftige Einbrüche durch ökonomische Krisen oder massive Streikwellen führen meist zu neuen Ausrichtungen der Akkumulationsprozesse. Die Produktion bedarf aber auch immer der Zirkulation, denn erst durch die Zirkulation, das heisst den Verkauf der Waren, lässt sich der zunächst nur virtuelle Mehrwert effektiv realisieren. Weil die Konkurrenz die KapitalistInnen zu Investitionen zwingt, muss der angeeignete Mehrwert wieder in Kapital verwandelt werden. Damit ist die Beschleunigung der Akkumulation von Kapital zwingend und Wirtschaftswachstum für den Kapitalismus unabdingbar.

Die ökonomische Grundlage der Akkumulationsprozesse bilden vorab vier Hauptelemente: erstens die Reproduktion und Erweiterung des industriellen Kapitals, und zweitens diejenige des kommerziellen Kapitals, wie zum Beispiel die Banken, mittels bezahlter Arbeitskraft. Drittens kommt die nichtkapitalistische Warenproduktion von kleinen Familienunternehmen und Einzelpersonen dazu, welche aber eine immer weniger wichtige Rolle spielt. Viertens die Inanspruchnahme unbezahlter Arbeit, welche quantitativ weiterhin höher ausfällt als die bezahlte (Madörin 2007).

Die Kapitalakkumulation bestimmt aber nicht nur die Ökonomie, sondern auch die gesamte Gesellschaft. Diese kann grundsätzlich in drei Klassen eingeteilt werden: KapitalistInnenklasse, Mittelstand und ArbeiterInnenklasse. Aktive UnternehmerInnen, die auch EigentümerInnen sind, das Topmanagement der Firmen und die blossen VermögensbesitzerInnen bilden die oberste Klasse. Die Mittelklasse setzt sich aus traditionellen Gruppen wie Bauern und Handwerkern sowie aus gut verdienenden Lohnabhängigen (zum Beispiel viele Staatsangestellte oder hochqualifizierte Mitarbeitende im zweithöchsten Lohnsegment) zusammen. Die dritte Klasse umfasst die breite Masse der Lohnarbeitenden mit höchst unterschiedlichen Qualifizierungen und arbeits- sowie sozialrechtlichen Garantien, aber auch die KleinbäuerInnen des globalen Südens.

Die ArbeiterInnen- und KleinbäuerInnenklasse stellt weltweit die massive Mehrheit der Bevölkerung. Wie gross die globale Mittelklasse ist, bleibt umstritten, insbesondere in China und Indien ist sie beträchtlich angewachsen. Ausgegangen werden kann von mehreren hundert Millio-

nen Menschen. Ganz oben befindet sich das herrschende 0,1 Prozent der globalen Elite (Krysmanski 2015).

Dialektische Prozesse in Akkumulation und Krisen

Die krisenbehafteten Akkumulationsprozesse spielen sich in zwei Dimensionen ab. Die erste erstreckt sich auf das Wechselverhältnis oder die Dialektik von nationalem Kapital und der Entwicklung des Weltmarkts. Die zweite bezieht sich auf die Zeitspanne: Unterschieden werden kürzere Perioden der Kapitalakkumulation mit konjunkturellen Krisen und längere strukturelle Trends mit grossen Krisen.

Der Reproduktionsprozess des Gesamtkapitals ist gekennzeichnet durch zyklische Bewegungen des Aufschwungs, der Krise, des Abschwungs und der Erholung. Im Aufschwung wird in den Unternehmen – angetrieben durch die Konkurrenz – investiert und häufig überinvestiert, weil Entscheide ohne Kenntnis der erst später auftretenden Nachfrage gefällt werden. In der Krise und im Abschwung wird dann überakkumuliertes Kapital entwertet (z. B. indem Fabriken geschlossen werden) und damit die Voraussetzung für einen erneuten Aufschwung geschaffen.

Dies lässt sich exemplarisch anhand der Finanzkrise von 2007/2008 zeigen. Im Aufschwung nahmen Kreditgewährungen allgemein zu. Vor allem in den USA wurden seit der Jahrtausendwende neue Finanzprodukte auf der Basis von Hypotheken an Haushalte mit geringem Einkommen kreiert und damit massenhaft Spekulationsgeschäfte getätigt. Diese spekulativen Aktivitäten führten zu riesigen Gewinnen bei den früh in diesen Boom eingestiegenen KäuferInnen der auf gebündelten Hypothekarkrediten beruhenden Derivate. Aus einem Hypothekengeschäft von maximal 800 Milliarden US-\$ war über eine innovative Finanzialisierung ein Derivatevolumen von 62 Billionen US-\$ entstanden. Als die Hypothekarzinsen dann leicht stiegen, kam es zu Zahlungsausfällen, das heisst ein Teil der Hausbesitzenden konnte die Zinsen nicht mehr bezahlen, und diese Papiere entpuppten sich als toxisch. Die Banken trauten sich gegenseitig nicht mehr, weil die Risikoexposition hinsichtlich dieser Papiere unbekannt war, der Interbankenverkehr fror ein, und die Finanzkrise breitete sich aus. Die Verluste der Banken wurden schnell sozialisiert. Eine Spur der Verwüstung zog sich quer durch die USA, weil 14 Millionen Haushalte ihre Immobilie verloren (vgl. dazu Sassen 2017). Weitere Folgen der Krise waren eine je nach Land mehr oder weniger lange Rezession, Stellenabbau, Arbeitslosigkeit, Lohnneinbussen und eine Entwertung des Kapitals, insbesondere des fiktiven. Die hoch gelobten, spekulativen mit angeblich realen Assets besicherten Papiere verkamen blitzschnell zu Ramsch.

Längerfristige, strukturelle Trends haben etwa die Periode der ›Grossen Depression‹ der 1930er Jahre oder die Prosperitätsphase der Hoch-

konjunktur von 1945 bis 1973 bestimmt. Seit dem Trendbruch der 1970er Jahre bildete sich eine Phase der strukturellen Überakkumulation heraus. Zwischen zyklischen Bewegungen, strukturellen Trends und Krisen besteht ebenfalls ein dialektisches Wechselverhältnis. Einerseits prägen die strukturellen Trends die zyklischen Krisen, andererseits ist der strukturelle Trend nicht unabhängig von den zyklischen Bewegungen und Krisen (vgl. dazu Krüger 2010). Bei einer strukturellen Überakkumulation wird in der vorangegangenen Prosperitätsphase auf Grund der Konkurrenzverhältnisse und dem Investitionszwang der Unternehmen viel fixes Kapital angehäuft (von Maschinen über Grossanlagen bis zu High-Tech-Cluster). Dieses wirft zu einem gewissen Zeitpunkt wegen ungenügender Nachfrage keine befriedigende Rendite mehr ab. Dies verschärft die Tendenz zur Überakkumulation nun auch in den zyklischen Krisen. Die Krise offenbart sich somit als Überproduktions- und Unterkonsumtionskrise. Eine diesbezügliche strikte Unterscheidung der Krisenursache, worüber unter MarxistInnen oft gestritten wird, halten wir für wenig zielführend. Jede Überakkumulationskrise ist auch eine Unterkonsumtionskrise.

Während in einer Prosperitätsphase die Profitrate hoch ist oder ansteigt, beginnt sie gegen Ende der Prosperitätsphase zu sinken und dann tendenziell zu stagnieren. Eine Periode der strukturellen Überakkumulation ist daher durch relativ niedrige – von Land zu Land unterschiedliche – Wachstumsraten und Produktivitätsfortschritte gekennzeichnet. Die heutige Periode der strukturellen Überakkumulation ist natürlich nicht unabhängig vom neoliberalen politischen Projekt der Austerität und der Lohnrestriktion, welche die wirtschaftlichen Probleme erhöhen.

Es kann überdies von einer Krise der relativen Mehrwertsteigerung gesprochen werden, da das Verhältnis von fixem zu variablem Kapital (Entlohnung der Arbeitskräfte) nicht mehr über eine gesteigerte Ausbeutungsrate kompensiert oder überkompensiert werden kann. Bei einer Krise der relativen Mehrwertsteigerung versucht das Kapital, die absolute Mehrwertsteigerung zu verstärken, sei es durch Lohnsenkungen oder durch die Steigerung der Arbeitsrhythmen oder durch Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer. Im Gegensatz zur relativen Mehrwertsteigerung findet die absolute Mehrwertsteigerung jedoch ihre klaren Grenzen. Zudem wird die Nachfrage geschwächt, wenn die Löhne gesenkt werden. Die Gewinnsituation kann mit absoluter Mehrwertsteigerung zwar verbessert werden, doch das Problem der strukturellen Überakkumulation wird dabei nicht gelöst, und es ergibt sich kein neues ›goldenes Zeitalter‹ der Prosperität. Die Investitions- und Akkumulationsraten sowie die Produktivitätszuwächse bleiben tief und die Löhne stagnieren, auch wenn Profite und Profitraten steigen.

Als herausragende Folgen der gegenwärtigen strukturellen Überak-

kumulation lassen sich festhalten: erstens die in den Industriestaaten bei allen Schwankungen nicht mehr zu beseitigende Massenarbeitslosigkeit; zweitens die Bildung von Plethora-Kapital, also vagabundierendem Geldkapital, das wegen der fortschreitenden Deregulierung des Finanzsektors permanent Instabilitäten, Spekulationsblasen und auch Finanzkrisen verursacht; drittens eine Vertiefung der zyklischen Krisen.

Die durch die Krise von 2007/2009 aufgeworfenen Probleme sind auch heute noch nicht gelöst. Diese hat zwar nicht das einst befürchtete Ausmass angenommen, was vor allem den BRICS-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, wegen ihrer anhaltend hohen Wachstumsraten zu verdanken ist. Überdies hat China mit dem grössten staatlichen Stimulierungsprogramm die Welt aus dem Sog dieser Krise gezogen. Als bereits länger dauernde Massnahme haben die Nationalbanken zudem eine Flutung der Märkte mit billigem Geld in Gang gesetzt, das sogenannte ›quantitative easing‹. Damit sollen eine Entwertung der Finanzvermögen verhindert und Schwierigkeiten der Banken behoben werden. Die Stagnation bei Investitionen, Produktivität und Löhnen geht jedoch ungebrochen weiter. 2010 griff die Krise auf den Euro und insbesondere auf die südeuropäischen Länder über. In den Finanzmarkt-Boomjahren vor 2007 hatten die Banken diese Länder dazu gedrängt, möglichst viel Kapital aufzunehmen und dafür Staatsanleihen mit kurzen Laufzeiten herauszugeben. Eine Staatsanleihe ist ein Schuldpapier des Staates, das z. B. von einer Bank dem Staat abgekauft wird. Damit erhält der Staat neue Finanzierungsmittel. Diese Anleihen müssen nach Ablauf ihrer Laufzeit (zum Beispiel ein, zwei oder zehn Jahre) vom Staat entweder zurückgekauft oder durch neue Staatsanleihen abgelöst (refinanziert) werden. In der Krise begannen die Banken darauf zu spekulieren, dass es diesen Ländern nicht möglich sein werde, die Anleihen zurückzukaufen. Deshalb verlangten sie für zu refinanzierende neue Anleihen immer höhere Zinsen (im Falle Griechenlands bis gegen 20%), was die Staatsfinanzen dieser Länder vollständig aus dem Lot brachte. Für die EU wäre es ein leichtes gewesen, dies aufzufangen. Sie hätte lediglich erlauben müssen, länderspezifische Staatsanleihen in gesamteuropäische Staatsanleihen mit einem viel tieferen Zinssatz umzuwandeln. Doch die EU und vor allem Deutschland weigerten sich und zwangen den europäischen Südstaaten verheerende Austeritätsprogramme auf. Diese Krise schwelt immer noch weiter. Sie wäre nur zu lösen, wenn man den betroffenen Ländern einen Teil der Schulden erlassen würde. Doch wiederum sperrt sich vor allem Deutschland gegen einen solchen Schuldenschnitt.

Seit 2013 liegt eine deutliche Abschwächung des Wachstums in den BRICS-Staaten vor, und diese werden nun selber von Krisentendenzen erfasst. Verstärkt wird die Instabilität, welche ohnehin ein Merkmal der

Situation einer strukturellen Überakkumulation ist, durch höchst problematische Regulierungen der Weltwirtschaft auf transnationaler Ebene. Husson (2015) spricht von einer Regulierung »by chaos«. Die wachsende Konkurrenz der heutigen »Wettbewerbsstaaten« (Hirsch 1995) auf dem Weltmarkt erinnert an die Situation vor dem Ersten Weltkrieg. Mit imperialistischen Bestrebungen wird versucht, Privilegien angesichts der extrem ungleichen Entwicklungen mit politischen und militärischen Mitteln abzusichern (Harvey 2005). Neuestes Beispiel sind die Zollerhöhungen, die die Regierung Trump gegen ihre Handelspartner beschlossen hat, und die sich zu einem Handelskrieg ausweiten könnten. Und nicht gelöst sind überdies die riesigen Herausforderungen der globalen Klimaerwärmung und der weltweiten Migration.

Kommende Krisen

Wann sich nächste Krisen manifestieren, kann nicht präzise vorausgesagt werden. KommentatorInnen von verschiedenster Seite sehen jedoch dunkle Wolken über der Weltwirtschaft hängen. Weder sind die aktuellen Probleme bewältigt, die die zyklischen Krisen hervorgerufen haben, noch diejenigen, die der grundsätzlichen Tendenz einer strukturellen Überakkumulation zugrunde liegen. Hinzu kommt die schleichende Zerstörung der Demokratie im Neoliberalismus (Brown 2015). Weitere Elemente bilden die zunehmende Ungleichheit der Einkommen, die wachsende Verschuldung und die Schwächung der ökonomischen Stabilisatoren durch Deregulierung, alles Faktoren, die eine kommende Krise nochmals verschärfen könnten. Auch zeichnet sich ab, dass die Zentralbanken ihre gegenwärtige Geldpolitik der rekordtiefen, teilweise negativen Zinssätze nicht ewig weiterführen können. Nur schon geringe Leitzinserhöhungen könnten aber eine Krise auslösen. Weil es zutrifft, dass nur Arbeit Wert schafft und Geld eben nicht ›arbeitet‹, mithin nur das menschliche Arbeitsvermögen aus Geld dauerhaft mehr Geld macht und dieses in Kapital verwandelt, ist eine unendliche Aufblähung des fiktiven Kapitals und der Kredite nicht möglich. Ein bekannter australischer Ökonom prognostizierte im vergangenen Jahr, dass eine grössere Krise auf Grund ständig steigender Verschuldung von privaten Haushalten, Staaten und Unternehmen noch vor 2020 kommt (Keen 2017).

Ausblick

Behauptet wird, Digitalisierung, Artificial Intelligence, Plattformökonomien oder Big Data würden zu einer gesellschaftlichen Revolution und zu einem neuen Wachstumsschub führen. Mit der ›digitalen Revolution‹ sollen die vielen vorhandenen Krisen überwunden werden. In der aktuellen flexiblen und globalen Akkumulation stehen der Zugriff auf das

Mental-Geistige und die immer engere Verknüpfung von roboterisierter Maschinerie mit menschlichem Arbeitsvermögen als reflexiv-kommunikativer Intelligenz im Zentrum der Mehrwertproduktion (vgl. dazu Finelli 2017). Abstrakte Informationsarbeit von prekarierten Clickworkern bis zu hochqualifizierten und hochbezahlten SystemingenieurInnen soll die kapitalistische Entwicklung voranbringen und höhere Profite gewährleisten. Doch eine immer stärker technisierte Gesellschaft (vgl. dazu Denzler 2017) bietet nach unserer Auffassung keine Lösung der heutigen Widersprüche und auch keine Grundlage für einen längerfristigen Aufschwung.

Der Kapitalismus hat sich als sehr dynamisches und zähes System erwiesen. Immer wieder wurde sein absehbares Ende vorausgesagt. Die Auffassung, dass er aus rein ökonomischen Gründen zerfällt, lässt sich aus unserer Sicht zwar nicht vertreten. Zweifellos aber haben sich Krisenanfälligkeiten akzentuiert, und die Verwandlung von Produktivkräften in Destruktivkräfte nimmt beständig und weltweit zu. Kritik, widerständiges Verhalten und Revolten werden allerdings nicht verschwinden. Die entscheidende Frage lautet, wie es zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten der subalternen Klassen und vor allem der am stärksten ausgebeuteten oder als überflüssig erachteten Teile der Menschheit kommen kann.

Marx hat Grundlagen für das Verständnis kapitalistischer Gesellschaftsformationen und den damit verbundenen Krisen geliefert. Diese Basis ist weiter zu entwickeln, und dogmatische Positionen müssen überwunden werden. Als dringend notwendig erachten wir neue Verbindungen und Allianzen zwischen unterschiedlichsten sozialen Bewegungen gegen das Kapital auf globaler Ebene. Gefordert sind Prozesse in Richtung einer »kritisch-emanzipatorischen Transformation« (Brand/Wissen 2017). Das sind keine trivialen, wohl aber grosse und sicherlich auch spannende politische Aufgaben. Dabei geht es selbstverständlich nicht nur um die Analyse, sondern um die Perspektive einer Überwindung der historischen Epoche des Kapitalismus, mithin um Kritik durch Praxis.

Literatur (ohne Werke von Marx und Engels)

- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. München
- Braun, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Frankfurt a.M.
- Denknetz (2017): Jahrbuch 2017: Technisierte Welt. Zürich
- Finelli, Roberto (2017): Marx' ›Kapital‹ als Krise und Überwindung des Historischen Kapitalismus. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 111. Frankfurt a.M.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Hamburg
- Husson, Michel (2015): Que sait-on de la crise qui vient. In: Alter EcoPlus. Auf: <http://hussonet.free.fr>.
- Keen, Steve (2017): Can we avoid another financial crisis? Cambridge
- Krüger, Stephan (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Hamburg
- Krysmanski, Hans Jürgen (2015): 0,1%: Das Imperium der Millionäre. Frankfurt a.M.
- Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Organisation der Care-Ökonomie. In: Denknetz Jahrbuch 2007. Zürich
- Sassen, Saskia (2017): Wenn bewundernswerte sozio-technische Fähigkeiten handfeste Brutalitäten hervorbringen. In: Augstein, Jakob (Hg.): Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung. Berlin